Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 27 (1947-1948)
Heft: 5

Rubrik: Politische Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Man wird wohl ohne Übertreibung sagen können, die *innenpolitische Lage* des Landes habe mit dem 6. Juli 1947 eine deutliche Abklärung erfahren — der Tag könne also eine gewisse vorläufige Übersicht gewähren. Das trifft jedenfalls insofern zu, als die *Resultate des 6. Juli* die praktische Überprüfung gewisser ständig wiederkehrender Behauptungen ermöglicht haben, die sich mit einigen Grundfragen unseres politischen Lebens befassen wollen. Dazu gehört einmal die Angabe, das Volk habe den Verleider an der Demokratie bekommen, und daher gehe es in beträchtlichen Massen einfach nicht mehr zur Urne. Wenn schon diese Behauptung bereits im Lichte der letzten großen eidgenössischen Volksabstimmungen, wie beispielsweise erst bei der Abstimmung über den Verkehrsartikel, sich kaum als überzeugend erweisen konnte, so ist dies nun vollends mit Bezug auf die Abstimmungen vom 6. Juli dieses Jahres der Fall. Es zeigt sich eben, daß immer dann, wenn es um wirklich wichtige Sachfragen geht oder um entscheidende Fragen des Grundsatzes, der Stimmbürger nicht im geringsten zögert, von seinen Rechten den gebührenden Gebrauch zu machen. Nun darf allerdings bei der Abstimmung über die AHV nicht übersehen werden, daß die wohl größte Zahl der Stimmbürger von dem Bewußtsein geleitet wurde, mit dem Ja sei nun endlich einmal der Staat zu einer dem Bürger ganz persönlich zugute kommenden Leistung zu verpflichten, man könne also für einmal eine Umkehrung des üblichen Verhältnisses herbeiführen, das sich in dem Begriff «Steuern» auszudrücken pflegt. Es darf auch weiter in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden, daß der Bürger an die Leistung von 4 Prozent des Lohnes oder Verdienstes direkt oder indirekt ohnehin seit Jahren gewöhnt war, daß es sich also gewissermaßen nicht um das Eingehen einer neuen Verpflichtung, sondern um die Sanktionierung einer alten handelte. Allein trotz alledem wird man die *Stimmbeteiligung* von 80 % (nicht 87 %) als Symptom allgemeinen Charakters gebührend werten können.

Vor allem aber mag man sich der grundsätzlichen Bedeutung dieses Tages und damit der Entwicklung, in der wir stehen, bewußt werden, wenn man nur die Ja-Zahlen für die AHV von 1925, 1931 und 1947 miteinander vergleicht:

1925 (Verfassungsartikel)	406 000 Ja
1931 («Lex Schulthess»)	336 000 Ja
1947	896 000 Ja

Angesichts des Resultates vom 6. Juli kann man wirklich von einer *überwältigenden Manifestation des Solidaritätswillens* in unserem Volke sprechen, und es gilt nun, daß man von diesem Willen überall gebührend Kenntnis nehme. Dann wird auch die versöhnende Wirkung dieser Abstimmung, von der in der «Appenzeller Zeitung» geschrieben wurde, nicht ausbleiben. Denn darüber wird man sich klar sein: es handelt sich bei dieser Manifestation eben nicht nur um die praktische, rein zahlenmäßige Übernahme der durch die Lohnausgleichskassen im Aktivdienst begründeten Einrichtungen, sondern es handelt sich um die logische Weiterführung der darin liegenden Grundsätze, welche die Zeichen unserer Zeit in sich tragen.

Ein ganz besonderes erfreuliches Symptom liegt im übrigen in der Tatsache begründet, daß auch die *welsche Schweiz* in der allgemeinen Bewegung nicht zurückgeblieben ist. Damit hat sich gleich eine weitere Angabe, nämlich diejenige vom Malaise der welschen Schweiz, und von dem neu ausgeworfenen Graben, zum großen Teil von selbst erledigt. Es ist in einiger Hinsicht gut, daß auch in diesem Punkte am 6. Juli ein deutliches Wort gesprochen wurde. Manches voreilige Wort in dieser Richtung wird nun vielleicht nicht mehr geschrieben werden. Denn die Nation ist viel einiger als es gewisse Presseorgane wahr haben wollen.

Dagegen muß mit Bedauern die Art und Weise festgehalten werden, mit welcher auch diesmal wieder, wie immer mehr in der letzten Zeit, eines der vornehmsten Rechte des Bürgers, nämlich *das Referendumsrecht,* behandelt, ja gleichsam angeprangert worden ist. So hatte denn die *Verfemung der Gegner der AHV* bedenkliche Ausmaße angenommen, und es ist bezeichnend, daß sie gerade von der Seite gekommen ist, die sich auf ihre besondere Art von Demokratie stets einiges zugute hält. Es paßt auch durchaus in diesen Rahmen, wenn die *«Berner Tagwacht»* nach der Abstimmung gar noch einen Vorstoß in der Richtung auf eine künftige Erschwerung von Referendums-Kampagnen unternahm. Angesichts der überwiegenden Meinung des Volkes kann man freilich jetzt schon gewiß sein, daß dergleichen Don Quichotterien ins Nichts fahren, und daß somit dieser Vorstoß wie auch andere, ähnliche Versuche nach solcher Richtung von vornherein zu einem ziemlich kläglichen Scheitern bestimmt sind. Denn der Bürger läßt sich in sein vornehmstes Recht gar nicht hineinreden.

Ein positives Ergebnis der Annahme der AHV scheint uns nun darin zu liegen, daß künftighin das ganze Volk, also auch der Lohnarbeiter, an der Erhaltung der *Kaufkraft unseres Frankens* sein vermehrtes Interesse bekunden wird. Dieser Umstand darf nicht übersehen werden, und er kann bei der künftigen wirtschaftspolitischen Entwicklung seine bedeutsame Rolle spielen. Dies wird insbesondere dann der Fall sein, wenn die für unsere Finanzlage verantwortlichen Stellen schon jetzt keinen Zweifel darüber lassen, daß nun die dringlichste Aufgabe in einer soliden Finanzierung der mit dem 6. Juli beschlossenen Renten besteht, und daß somit die bereits am Tage nach der Abstimmung von gewisser Seite postulierte Erhöhung dieser Renten höchstens in der ersten Aufregung geschrieben sein konnte, im übrigen aber völlig in das Reich der Utopie verwiesen werden muß.

Welches werden — ganz allgemein — die *Folgen des 6. Juli* sein? Die *Wirtschaftsartikel* haben ihre Annahme mit ziemlicher Sicherheit der Verkoppelung mit der AHV zu verdanken, und zudem ist hier der Überschuß der annehmenden Stimmen so schwach, daß man die Äußerung von Bundesrat Stampfli wohl begreift, als er zur *Vorsicht auf den Wegen des Etatismus* mahnte. Immerhin wird nun die Landwirtschaftsgesetzgebung mit Beschleunigung weiterbehandelt werden; allein es steht dem Volke zu, über jede dieser gesetzgeberischen Maßnahmen sein Urteil mit dem Stimmzettel zu sprechen. Ob nun in nächster Zukunft die so oft schon berufene *rot-grüne Allianz* wirklich einmal zum Spielen kommen wird, wie man am Tage nach der Abstimmung lesen konnte — die Gewerkschaften sind zwar nach ihrem eigenen Eingeständnis nur sehr lau für die Wirtschaftsartikel eingetreten! —, das scheint auch diesmal schon jetzt einigermaßen fraglich. Inzwischen hat bereits wieder der Ruf nach einer weiteren *Erhöhung des Milchpreises* den Weg der rot-grünen Allianz gekreuzt; und dieser Ruf erklang denn auch ebenso prompt, wie er uns von zuständiger Seite für unmittelbar nach dem 6. Juli prophezeit war... Oder befinden

wir uns, um eine andere Variante der Zukunft vorzunehmen, bereits auf dem Wege zur «Neuen Schweiz»? So wenigstens hieß es im «Öffentlichen Dienst». Auch dies scheint sehr fraglich. Denn der *6. Juli war keineswegs etwa ein Tag der Linken:* das Bürgertum hat sicher in ebenso großem Ausmaß das Ergebnis dieses Tages auf seine Seite zu buchen, ja, man kann ruhig sagen, daß es dieses *Bürgertum* gewesen ist, das der Vorlage zum Siege verholfen hat. Wenn nun Herr Nationalrat Oprecht bei seiner Betrachtung über die Junisession der Bundesversammlung im «Öffentlichen Dienst» am Ende nicht ohne Resignation schrieb:

> «Wir hoffen, daß ein *Ruck nach links* auch in der schweizerischen Politik sich endlich einmal durchsetzen werde»,

so dürfte auch diese schwache Hoffnung *keine große Aussicht* auf baldige Verwirklichung haben. Jedenfalls gibt der 6. Juli 1947 hiefür nicht die geringsten Anhaltspunkte.

Jann v. Sprecher.

Militärische Umschau

Die Armeereform ist eine unpolitische Angelegenheit

Laut amtlichem stenographischem Bulletin der Bundesversammlung umschrieb Nationalrat Oprecht in der Sitzung vom 25. März 1947 die Stellungnahme seiner Partei zur Armeereform mit folgenden Worten: «Es geht dabei für uns um höchste politische Fragen» (S. 127). Diese Auffassung widerspricht der Einstellung der weit überwiegenden Mehrheit unseres Volkes. Das Schweizervolk sieht in seiner starken Armee die überparteiliche Verkörperung seiner nationalen Einheit und seines Willens zur nationalen Unabhängigkeit. Es lehnt die Verpolitisierung der Armee in irgendwelcher Richtung ab. Es will in seinem Offizierskorps Männer von Charakter, Bildung und militärischer Befähigung sehen, zu denen es aufschauen kann und nicht Vertreter politischer Richtungen. Selbstverständlich hat auch der Sozialdemokrat Platz im Offizierskorps, wenn die persönlichen Voraussetzungen vorliegen. Umgekehrt hat auch ein junger Mann aus bürgerlichem Lager nur dann Anspruch auf den Offiziersgrad, wenn er die Erfordernisse des Charakters, der Bildung und der militärischen Eignung mitbringt. Die Einführung des politischen Proporzgedankens in das Offizierskorps würde die Armee «verpolitisieren» und damit ihre überparteiliche, nationale Sendung und Aufgabe zerstören.

Kehrseite der Medaille

Die öfters destruktive und verallgemeinernde Kritik an unserem Wehrwesen hat viel Schaden gestiftet. In einem klugen Artikel in der Februarnummer der «Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitung» verlangt Major Nünlist sachliche Diskussion. Er unterscheidet die Kritik an Personen und in Sachfragen und stellt fest, das oft verallgemeinernde Urteil, die ganze Armee sei veraltet, schwäche den Wehrwillen, ganz besonders bei jungen Leuten, die keinen Gesamtüberblick in militärischen Dingen besitzen. Er erwähnt einen sehr befähigten, an der E.T.H. studierenden Rekruten, der erklärte, er wolle nicht Unteroffizier werden, «da er für eine veraltete Armee, in die er kein Vertrauen haben könne, keine Zeit opfern wolle». Dieser Fall ist nicht vereinzelt, und man hat es nicht überall, wie in dem eben erwähnten, verstanden, die jungen Leute zu einer positiven Einstellung zu bringen.

Die Juninummer der Zeitung «Volk und Armee» schildert unter dem Titel «Mißverstandene Armeereform» bedenkliche Konzessionen an den Zeitgeist. Bei aller Anerkennung der im allgemeinen positiven Ergebnisse der W.K. scheinen einzelne Vorgesetzte, aus lauter Schrecken vor «Verpreußung», zu glauben, einen Dienstbetrieb einführen zu müssen, den die Mannschaft mit «Ferienlager» betitelt. «Volk und Armee» schreiben mit Recht, es äußere sich hier eine Unterschätzung des Durchschnittssoldaten. Unsere Mannschaft hat bis jetzt immer volles Verständnis für harte Forderungen und strenge Leistungen aufgebracht und einen «bummeligen» Dienstbetrieb verurteilt. Der Ausspruch eines guten Unteroffiziers am Schluß seines W.K.: «er wolle sich degradieren lassen und als Soldat Dienst tun, denn in der Rolle, die er während der verflossenen vierzehn Tage habe spielen müssen, sehe er keinen Sinn mehr», bildet für seinen Einheitskommandanten eine schwere Anklage. Auch aus Rekrutenschulen hört man, daß im Zeichen der «Demokratisierung» gelegentlich junge Kader schlapp sind und eine Dienstauffassung an den Tag legen, die soldatischen Grundsätzen widerspricht. Es ist in diesem Zusammenhang erwähnenswert, daß Major Nenachow in einer russischen Zeitung Gedanken äußert, die in schroffem Widerspruch zu schweizerischen Demokratisierungstendenzen stehen. «Strenge und Härte der Sowjetoffiziere gegenüber den Untergebenen sind unbedingte Notwendigkeit...». Der Vorgesetzte «darf nicht durch die Finger sehen bei irgendeinem Versehen des Untergebenen, und er muß den Säumigen streng bestrafen»... «Demokratie bedeutet die größte Wahnvorstellung über das Prinzip der Disziplin der Roten Armee» (S.P.K. Bern, 5. Juli 1947, Blatt 58).

Der Kampf um einen Waffenplatz

Im Juni 1946 las man in einer Reihe von Zeitungen, es sei der Ausbau des Waffenplatzes Locarno geplant, da die Umgebung von Losone ein ungewöhnlich günstiges Übungsgelände biete. Man sprach auch vom Bau einer Kaserne durch ein Konsortium. Vor kurzem wurde nun in einer großen Tageszeitung eine scharfe Attacke gegen dieses Projekt geritten. Sie stammt aus Kreisen der Opposition, die von einigen in jener Gegend angesiedelten Deutschschweizern geschürt wird, zu denen ein bekannter Publizist und ein tonangebender sozialdemokratischer Politiker gehören.

Man steht auch hier unter dem Eindruck der verpaßten Gelegenheiten. Daß sich *Losone* und dessen weitere Umgebung für die Grenadierausbildung ungewöhnlich gut eignen, kann niemand ernsthaft bestreiten. Seit dem Jahre 1943 ist die Gemeinde bereit, ein Areal von mehr wie 1 Million m² unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, unter der Bedingung der Errichtung einer Kaserne auf ihrem Boden. Heute türmen sich die Schwierigkeiten. Im Hinblick auf die grundsätzliche Bedeutung der ganzen Frage müssen wir zu einigen Behauptungen des Artikels Stellung nehmen. Es wurde gesagt: «Tausende ähnliche Stellen können in der Schweiz, fern von jeder Siedlung, gefunden werden». Selbst bei Streichung von zwei Nullen wäre es schwierig, die nötige Zahl geeigneter Übungsplätze zu nennen, bei denen Zufahrts- und Unterkunftsmöglichkeiten und die rauhe Witterung nicht unüberwindliche Hindernisse in den Weg legen. Der Waffenplatz Monte Ceneri ist zur Zeit wegen des Ausfalls des Artillerieschießplatzes Kloten-Bülach ohnehin überlastet und in der näheren Umgebung von Bellinzona ist kein geeigneter Grenadierschießplatz vorhanden.

In Losone werden die Übungen nicht nur aus Rücksicht auf die Umgebung mit reduzierten Explosivladungen durchgeführt. Diese Einschränkung ist weitgehend durch den stark beschränkten Kredit für Munition bedingt. Nur so läßt sich die minimale Zahl von Scharfschießübungen durchführen. Im übrigen beeinträchtigen schwache Ladungen die militärische Ausbildung nur unwesentlich. Auf die pro-

blematische Möglichkeit hin, daß schon «in zwei Jahren Waffen und Kampfverfahren erscheinen, deren Wirkung ... ein Vielfaches des heute bekannten sein werden», die Ausführung eines dringlichen Projektes in der Schwebe zu lassen, wäre unverantwortlich, und es ist keine Rede davon, daß sich in Losone die Truppe «ständig behindert sehen würde». Im Pedemonte stehen seit Jahren zahlreiche Villen leer, wobei die militärische Beanspruchung der Gegend nachgewiesenermaßen keine Rolle spielt. Größere Übungen mit Sprengladungen und Fliegermitwirkung sind im Verlauf eines Jahres zahlenmäßig so selten und zeitlich so kurz bemessen, daß die den tessinischen Gemeinden in den Mund gelegten Befürchtungen weit übertrieben sind.

Der kritisierte Artikel gibt zu, «in unserem übervölkerten Lande» stoße die Armeeleitung, wo immer sie sich hinwende, auf den Einwand, es würden durch geplante militärische Anlagen wichtige Interessen verletzt. Sobald eigene Interessen im Spiel sind, glaubt man aber, besondere Rücksicht beanspruchen zu dürfen. Wir müssen daher der leider allmählich um sich greifenden Auffassung scharf entgegentreten: «Die Armee ist schon recht, aber sie sollte möglichst wenig kosten, man sollte sie möglichst wenig sehen und hören, und die persönliche Inanspruchnahme sollte möglichst gering sein».

Eine schwerwiegende Verschleppung

Während der Nationalrat in der letzten Session den Kredit von rund 64,5 Millionen für die Anschaffung von 75 «Vampire»-Flugzeugen mit Zubehör genehmigte, hat der erfahrungsgemäß weniger in Anspruch genommene Ständerat die dringliche Vorlage nicht behandelt. Man stand unter dem Eindruck eines verhängnisvollen Regiefehlers. Nachträglich sickerte die Mitteilung durch, der Ständerat habe die langsame Erledigung verschiedener Geschäfte durch den Nationalrat mißbilligt und aus diesem Grunde auf eine Behandlung der Vorlage verzichtet. Im vorliegenden Fall ist aber die Armee der Leidtragende. Wie sehr sich dieses Zuwarten schon rein finanziell rächen wird, beleuchtet eine Pressemitteilung, wonach bis im Herbst eine Preiserhöhung um 7—8 %, somit um rund 5 Millionen, zu gewärtigen sei. Ob die Möglichkeit besteht, die Bestellung, unter dem Vorbehalt parlamentarischer Zustimmung, vorher aufzugeben, wird geprüft. Bei den bekanntlich langen Lieferfristen ist diese Verschleppung aber auch rein militärisch unverständlich. Vielleicht wird die militärpolitische Lage schon in naher Zukunft die schwere Verantwortung für diese Verzögerung aufdecken. Derweil versucht die «Berner Tagwacht» das Vertrauen in diese neue Waffe zu untergraben, indem sie in ihrer Nummer vom 26. Juni auffällig schreibt: «Vampire weit überholt!» und die Julinummer von «Volk und Armee» zieht gar die ganze Flugzeuganschaffung in geradezu grotesker Weise ins Lächerliche.

Ausland

Schweden hat freiwillige Betriebswehren eingeführt, die das eigene Werk in Kriegszeiten gegen feindliche Angriffe und Zerstörungen schützen müssen. Sämtliche Unternehmungen des Staates besitzen bereits ihre eigene Betriebswehr; die großen Industriewerke sind im Begriff, diesem Beispiel zu folgen. In einer im Mai erschienenen Denkschrift hat der Oberbefehlshaber der schwedischen Wehrmacht die brennendsten Fragen der Landesverteidigung behandelt. Er fordert die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Rüstungsstandes, solange nicht stabilere Verhältnisse eingetreten sind. Bei einem Überfall soll durch ausdauernde Tiefenverteidigung, unter eventueller Räumung einzelner Teile des Landes, Zeit gewonnen werden, bis auswärtige Hilfe zur Stelle ist. Die kürzlichen Angriffe der russischen Presse gegen die Verteidigungspolitik Schwedens quittiert Generalmajor Petri mit der Feststellung, daß nur eine bewaffnete Neutralität Skandinavien vor Verwicklungen in allfällige

Konflikte bewahren könne. Diese Ansicht entspricht der allgemeinen Auffassung der beteiligten Länder.

Wie die Zeitung «Militaert Orientering» berichtet, baut *Norwegen* seine Heimwehren aus, die organisatorisch einen Teil der Armee bilden. Zum Pflichtenkreis der Heimwehren gehören alle Aufgaben, die mit der Verteidigung des eigenen Wohnorts zusammenhängen. Es werden Heimwehrpflichtige und Freiwillige unterschieden. Auf einen ersten Aufruf hin haben sich 100 000 Mann gemeldet. Der Freiwillige ist zu mindestens 50, der Heimwehrpflichtige zu mindestens 120 Ausbildungsstunden verpflichtet. Die zur Erhaltung der Schießfertigkeit und der körperlichen Leistungsfähigkeit erforderliche Zeit ist dabei nicht mitgerechnet. Das Verteidigungsdepartement wird dem Storting neue Vorschläge zur weiteren Aufrüstung unterbreiten, die der modernen Entwicklung vermehrt Rechnung tragen: Ausbau der Fliegerabwehrartillerie, der Raketenproduktion, der Atomforschung und der Flugwaffe.

In *Italien* hat sich die verfassunggebende Versammlung mit starkem Mehr zur obligatorischen Militärdienstpflicht bekannt. Reuter meldete am 11. Juli, daß amerikanisches militärisches Material im Wert von 35 Millionen Dollar nach *Griechenland* unterwegs sei. Das Abkommen zwischen den U.S.A. und der *Türkei* über die Verwendung des Kredites von 100 Millionen Dollar ist am 12. Juli unterzeichnet worden (Reuter).

Das «Volksrecht» schrieb in seiner Nummer vom 13. Mai: «Die *Sowjetunion* gibt also heute, trotz bedeutender Verkürzung der militärischen Ausgaben, immerhin mehr aus, als die beiden übrigen Großmächte der Welt zusammen». United Press meldete am 19. Mai, laut Angaben von Admiral Lee würden alle Informationen auf ein äußerst aktives Interesse der Sowjetunion an militärischer Forschung hindeuten. Unter den 10—20 Tausend deutschen Technikern sollen sich 500 bekannte Persönlichkeiten befinden, deren Namen identifiziert sind.

In den *Vereinigten Staaten* hat Eisenhower eine Kommission jüngerer Offiziere bestellt, die das Bild des Zukunftskrieges entwerfen soll (United Press, 15. Mai). Das von Truman zur Überprüfung des Programms der allgemeinen Wehrpflicht eingesetzte Sonderkomitee hat Anfang Juni seine Arbeit abgeschlossen. Es bezeichnet deren Einführung als unerläßlich und Truman selbst erklärte in Princeton: «Die allgemeine Dienstpflicht stellt die demokratischste, wirtschaftlichste und wirksamste Methode für die Aufrechterhaltung unserer militärischen Stärke dar» (N.Z.Z., No. 1178). — Eisenhower wies Ende Juni, laut Exchange, vor dem zuständigen Senatsausschuß auf die Gefahren einer Kürzung der Militärkredite hin. Der Senat hat nun kürzlich das Budget der Armee für 1948 im Betrage von 6,16 Milliarden Dollar verabschiedet, gleich 23,4 Milliarden Schweizerfranken. Dieser Betrag ist um 880 Millionen Dollar höher als der vom Repräsentantenhaus bewilligte Kredit, ja selbst höher als der von Truman beantragte. — Größte Bedeutung kommt der wahrscheinlich im Spätsommer erfolgenden interamerikanischen Konferenz in Rio de Janeiro zu, in der ein Verteidigungsabkommen zwischen den Nationen des amerikanischen Kontinents ausgearbeitet werden soll. Die Akte von Chapultepec vom Jahre 1945 und die Charta der Vereinten Nationen werden die legale Basis bilden.

In Nummer 3 der von Professor Wehberg in Genf herausgegebenen «Friedenswarte» sind die 41 Artikel umfassenden Empfehlungen des Generalstabsausschusses an den Sicherheitsrat vom 30. April 1947 abgedruckt, die die Organisation der *internationalen Polizei der Vereinten Nationen* betreffen. Sehr interessant ist bei einzelnen Artikeln die Anmerkung, welche Delegationen den Text angenommen oder abgelehnt haben. Man ersieht daraus, wie lange sich die Verhandlungen noch hinziehen werden. Diese Tatsache wird durch einen am 16. Juli in der Presse erschienenen Exchange-Bericht bestätigt, wonach eine weitere Sitzung des Sicherheitsrates mit endlosen Debatten über die Weltpolizei ergebnislos verlaufen ist.

Miles.

Brief aus Paris

Der seinem Ende entgegengehende Monat war reich an politischen Ereignissen; die wichtigsten hatten zweifellos internationalen Charakter. *In Paris vollzog sich am 2. Juli der Bruch zwischen Ost und West.* Zehn Tage später versammelten sich achtzehn Staaten am Quai d'Orsay und beschlossen fast widerspruchslos, ein Komitee für europäische Wirtschaftszusammenarbeit ins Leben zu rufen.

Als Molotow am 2. Juli die Stufen der Freitreppe des Quai d'Orsay hinunterstieg, zeigte er keine sorgenbeschwerte Stirne. Es ist zum mindesten seltsam, daß er erfreut und bei guter Stimmung zu sein schien. Aber was ist nicht seltsam bei der von den russischen Machthabern verfolgten Politik? Suchen sie unentwegt die Grundlagen für einen dritten Weltkonflikt zu schaffen? Man darf nicht bei dieser pessimistischen Auslegung verweilen und doch... Die am 2. Juli in Paris gewechselten Worte waren scharf und hielten sich nicht an die üblichen Spielregeln derartiger Konferenzen. Der einige Tage später erfolgte tschechoslowakische Vorfall zeigte, daß Moskau nicht mit sich spassen läßt.

Unter diesen Umständen wurde die *Versammlung der achtzehn Staaten* unter düsteren Anzeichen eröffnet. Sie bestätigte den Riß quer durch Europa, und die Zukunft schien voller Gefahren zu sein. So sehr, daß man die Bemerkung hören konnte: *«Dies ist der erste Kriegsrat der Alliierten des nächsten ...».*

Trotz allem war jedoch der Eindruck am Ausgang der Tagung denkbar tröstlich, und man kann in guten Treuen sagen, daß in Paris eine große Hoffnung ins Leben gerufen wurde. Man gibt sich bestimmt keinen Täuschungen hin über die materiellen, technischen und politischen Schwierigkeiten, denen das Kooperationskomitee bei der Lösung seiner Aufgabe begegnen wird. Wenn die herrschende Atmosphäre günstig ist, müssen aber solche Schwierigkeiten überwunden werden können. Es ist daher von großer Wichtigkeit, die Vollversammlung als einen Erfolg buchen zu dürfen. Es sind moralische und psychologische Kräfte geweckt worden, die den Lauf der Ereignisse in bestimmender Weise beeinflussen können.

Auffallend war vor allem nicht etwa nur der allgemein vorhandene gute Wille, sondern die Tatsache, daß die anwesenden, von Großbritannien und Frankreich eingeladenen Staaten keine Vorbehalte geltend machten. Sie äußerten im Gegenteil ein lebhaftes Interesse, den ihnen nahe gelegten Weg einzuschlagen und selbst noch weiter zu gehen als vorgesehen war. Die Erklärung Spaaks, die Rettung werde allgemein sein oder aber sie werde nicht sein, war nicht etwa nur eine mündliche Versicherung, sie gab tatsächlich die Gefühle aller wieder. Mit seiner Bemerkung, die Arbeit dürfe sich nicht auf das sofort zu leistende beschränken, sondern es müßten Pläne auf weite Sicht aufgestellt werden, legte Spaak vielleicht den ersten Stein zum Bau der künftigen Vereinigten Staaten Europas.

Es zeigten sich auch bedeutsame Tendenzen zum Abschluß *regionaler Abkommen* mit dem Zweck, die Enge der gegenwärtigen Grenzen und Nationalismen zu überbrücken. Belgien, Holland und Luxemburg bilden eine Art Konsortium, das bereits den originellen Namen *Benelux* gefunden hat. In gleicher Weise verbinden sich *Griechenland und die Türkei.* Und Graf Sforza machte eine feine und gut aufgenommene Anspielung auf die Möglichkeit besonderer wirtschaftlicher Abkommen zwischen *Frankreich und Italien.*

Seltsamerweise hat die *Haltung Rußlands* in wesentlichem Maße dazu geführt, die Verhandlungen auf das richtige Geleise zu bringen. Die Russen hatten es nämlich als zweckmäßig angesehen, die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der Anrufung der geheiligten nationalen Rechte zu begründen. Von diesem Augenblick an sah sich jeder vor eine philosophische Wahl gestellt. Das Ergebnis der Prüfung war eine Verurteilung der eifersüchtig gehüteten Staatsgewalt und des starrsinnigen Na-

tionalismus. Solche Auffassungen, die, wie Graf Sforza geltend machte, eine Geißel des 19. Jahrhunderts waren, das sie hatte entstehen sehen, scheinen heute verjährt und überholt. Die Menschheit kennt die drohenden Gefahren aus eigenem Erleben. Die Russen haben infolgedessen in dieser Frage ein schlechtes Propagandamittel angewendet. Sie scheinen sich, vielleicht für das erste Mal, hinter überholte Ideen und Mythen zu verschanzen.

Gewiß waren nicht alle europäischen Staaten anwesend. Aber man weiß ja, daß sie keine Wahl hatten. Auch wenn einzelne Regierungen nicht nach Paris zu gehen wünschten, darf man nicht vergessen, daß es eine öffentliche Meinung gibt. Sie kann lange zum Schweigen verurteilt sein, nichtsdestoweniger ist sie lebendig.

Diese internationalen Ereignisse beherrschen in hohem Maße die Wechselfälle der *französischen Innenpolitik*. Das Ergebnis wird spürbar sein. Auf der einen Seite bleiben die *Kommunisten* von der Regierungsgewalt ausgeschlossen. Es erscheint daher verhängnisvoll, daß sie eine immer ausgesprochenere Opposition anstreben. Dies könnte zu einem Wiederausbruch sozialer Aufwiegelungen führen. Aber auf der anderen Seite wird die Taktik des *«heimlichen Orchesterchefs»* kaum mehr anwendbar sein; ein Element der Zweideutigkeit und der Heuchelei verschwindet. Es ist unwahrscheinlich, daß das Volk in seiner Gesamtheit bereit ist, sich ständig aufwiegeln zu lassen. Es sind gewisse Anzeichen vorhanden, die zu beweisen scheinen, daß die Vernunft wieder zu ihrem Rechte kommt. So haben die *Beamten* darauf verzichtet, das Abenteuer eines Generalstreiks vom Zaune zu reißen. Auch sind Gespräche im Gange zwischen der C.G.T. und den Arbeitgebern. Man könnte sich zu einem Wiederaufleben des Vertrauens verleiten lassen, wenn die wirtschaftliche und die finanzielle Lage nicht dauernd so mittelmäßig wäre.

Bertrand de la Salle.

Brief aus England

Wirtschaftsgesundung und Europas Zukunft

Zwei Jahre nach dem Ende der Feindseligkeiten scheinen sich die Rauchwolken von dem Trümmerhaufen, den der Krieg in Europa selbst wie in den Gemütern der Europäer geschaffen hatte, zu verziehen. Langsam sieht man klar, wohin dieses Europa triebe, raffte es sich nicht endlich zur erlösenden Tat auf. Nach etwa 24 Monaten unentwegten Verhandelns der großen Drei, um den Krieg zu beenden und die Grundlage zu einer Rückkehr zum Frieden zu schaffen — nach beständigem heißem Bemühen, Rußland, Britannien und Amerika auf einen Nenner zu bringen — nach Fehlschlag auf Fehlschlag (es sei denn, man rechnete den Kuhhandel, der zum Friedensvertrag mit Finnland, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Italien führte, als einen Sieg echten Friedens), — nach all dem entschied sich Europa zum Handeln. Am 14. Juli wurde die *Europäische Kommission für wirtschaftliche Zusammenarbeit in Paris* geboren. Die *Rede* des amerikanischen Außenministers *Marshall* vom *5. Juni* vor der Universität Harvard war hierzu nur der äußere Anlaß. Der Gedanke ist so alt wie Europa. Die Ausführung war seit Jahr und Tag von allen fortschrittlichen Geistern der Alten und der Neuen Welt gepredigt worden. Wenn diese neue, abermalige Anregung «zündete» und Europa zum Handeln trieb, so liegt dem natürlich die wirtschaftliche Not zugrunde, die einerseits Europa peinigt, anderseits die Vereinigten Staaten mit Besorgnis auf den Verfall ihrer Ausfuhr nach Europa schauen läßt. Es wäre aber falsch — und es steht vor allem jenen «Realisten» nicht an, die sich über allen Materialismus (oder gar Marxismus) hoch erhaben dünken —, nun etwa zu behaupten, daß Amerika einfach von Wirtschaftsnot oder -expansion ge-

trieben sei, wenn es sich bereit erkläre, Europa auf die Beine zu helfen. Amerika kann nämlich «auch anders», d. h. es könnte Europa sich selbst überlassen, auf längere Zeit jedenfalls, und sich mit der weiteren Steigerung etwa des eigenen Lebensstandes beschäftigen.

Es könnte dies. Ähnlich könnte Britannien, zumal unter einer anderen Regierung, sich mit ausschließlicher Hilfe seiner immer noch gewaltigen Kolonialgebiete und durch Einbezug der anderen Mitgliedsstaaten der britischen Völkerfamilie mit Hochschutzzöllen aufzuraffen suchen. Es könnte dies. Schließlich tut das wirtschaftlich so viel unentwickeltere russische Reich nichts anderes — es zieht sich wiederum auf sich selbst zurück (und zieht zugleich den in seinen Bereich mit Gewalt einverleibten Völkerkreis von Finnland, Estland, Lettland, Litauen — bis hin zu Bulgarien — auf den eignen geringen Lebensstand hinunter). Im Wirtschaftlichen also finden wir nicht den Schlüssel, nur den Antrieb zum Gegenwartsgeschehen — die verfolgten Ziele stammen nicht aus Wirtschaftsnotwendigkeiten. Der Entschluß der Zusammenarbeit, wie ihn Marshalls Vorschlag einer Hilfe für Gesamteuropa darstellt, wie ihn Ernest Bevins drängende und dringliche Aufforderung, dies Wirklichkeit werden zu lassen, ausmacht, wie es die Gründung einer alleuropäischen Wirtschaftsorganisation ist — all dies wurde geboren aus der freien Entschlußkraft frei handelnder schöpferischer Staatsmänner.

Aller Augen richten sich auf das Werk der Pariser Konferenz. Die *Absage Rußlands,* die russische selbstgewollte Vereinsamung, wird dabei in maßgeblichen englischen Kreisen so bedauert, daß man sich weiter um einen *russisch-britischen Handelsvertrag* bemüht. Auch weiß man, daß Schweden weiterhin auf polnische Kohle rechnet — und sollte die Schweiz etwa einen größeren Warenaustausch mit Osteuropa bewerkstelligen können, so würde auch das in London begrüßt werden. Die Tür für alle, die nicht teilnehmen dürfen, weil wiederum des Herrn Molotow Politik im Kreml den Ausschlag gab, bleibt weit offen. Wer nicht offen teil hat, kann zum mindesten durch kleine Handelsabkommen mit von der Sache sein. Ja, es ist nicht einzusehen, warum die Fragebogen, die von Paris ausgearbeitet werden, nicht auch im Stillen von den ferngebliebenen Freunden — soweit sie Freunde sind — ausgefüllt werden könnten. Der ganze Jahres- und Vierjahresplan für Norwegen, Schweden, Island, Dänemark, Holland, Belgien, Luxemburg, Frankreich, Irland, Portugal, Italien, Österreich, die Schweiz, Griechenland und die Türkei nebst Großbritannien selber muß geschmeidig genug sein, hinzutretende Staaten und zusätzliche Notwendigkeiten mit berücksichtigen zu können. Alles in allem wird er zeigen, was Europa — und Europas Kolonialreich! — an Produktionsmitteln besitzt, — was es zusätzlich innerhalb der nächsten vier Jahre benötigt, um schließlich auf eigenen Füßen stehen zu können. Und irren wir uns nicht, so wird die amerikanische Öffentlichkeit gerade von der Größe des Gedankens, der Höhe des Zieles wie der Anstrengung und Opfer, ergriffen sein, kommt es zur Frage: willst Du, Amerikaner, diese Hilfeleistung erfüllen? Die Seldwyler mögen sich ob der Sensationslüsternheit des Amerikaners gar ereifern. Sie hat ihr Gutes. Sie wird jene Welle der Besorgnis und der Hilfsbereitschaft auslösen, die man in Großbritannien so lebhaft in der Erinnerung trägt, eine Welle, die dem Werk der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zum Siege verhelfen kann.

Die für Europa nötige Hilfe dürfte sich auf etwa fünftausend Millionen Dollar, also das Fünffache der von den Vereinigten Staaten an Großbritannien gegebenen Anleihe, belaufen. Diese Anleihe selbst wird nach Londoner Befürchtung etwa um Weihnachten dieses Jahres aufgebraucht sein. Bis dahin hofft man, die Produktion innerhalb Britanniens wesentlich gesteigert zu haben. In die Kohlengruben werden zur Zeit etwa 300 Polen zusätzlich eingeführt; diese Ziffer ließe sich verdoppeln, wenn nicht die Grubenarbeiter, von ihrem kommunistischen Führer Horner seit Jahr und Tag falsch unterrichtet, diese neuen Arbeitskräfte entweder als Halb-

faschisten oder als mögliche Lohndrücker ansähen. Der Kohlenminister Shinwell überdies begnügt sich mit ausfälligen Bemerkungen gegen alle nichtgewerkschaftlichen Kreise und ist nicht in der Lage, echte Erziehungsarbeit zu leisten. Ein Wechsel gerade in diesem Ministerium, das überfällig ist, scheint dem Erstminister Attlee aber fast unmöglich gemacht worden zu sein, da Horner mit keinem andern «zusammenarbeiten» will... Was sich durch echte Erziehung der Öffentlichkeit erreichen läßt, haben zum Beispiel der Arbeitsminister George Isaacs und die anderen Gewerkschaftsführer gezeigt, als sie sich entschlossen, 100 000 Esten, Letten, Litauer und Ukrainer aus der britischen Zone Deutschlands nach Großbritannien zu bringen. Diese Menschen werden reibungslos in Landwirtschaft und Industrie zum Einsatz gebracht und machen überall den besten Eindruck — als Menschen und als Arbeiter, die der Produktion schnellen Auftrieb geben. Ich habe selbst in Durchgangslagern diese durch die Sowjets aus ihrer Heimat vertriebenen Menschen gesprochen und bin überrascht gewesen über die Lebenskraft und -freude, die diesen Menschen selbst nach den fürchterlichsten Erlebnissen in ihrer Heimat und auf der Flucht vor Deutschen wie vor Russen, Nationalsozialisten wie Kommunisten, innewohnt. Großbritannien hat auf diese Weise 100 000 tüchtige Arbeiter gewonnen: und, wer weiß, — gerade ihr Beitrag zur gemeinschaftlich produzierten Gütermenge mag den Unterschied zwischen Todesgefahr und Genesung ausmachen! Darüber nämlich, daß der britische Wirtschaftskörper vom Krieg nur geschwächt, nicht aber etwa verkrüppelt worden ist, sollte sich alle Welt klar sein. Könnte Britannien heute 30 Millionen Tonnen Kohle ausführen, so wäre damit ganz Westeuropa, von Schweden bis Frankreich, geholfen. Und wieviel ist dies? Die Produktion von bloß sieben Wochen! Mit ein paar zusätzlichen zehntausend Kumpeln und etwas Kohleschneidgerät aus Amerika ließe sich dies im Handumdrehen schaffen.

Erscheint die *Wirtschaftslage Englands* mit seiner negativen Handelsbilanz von etwa 400 Millionen Pfund auch sehr ernst, so wäre es sehr seltsam, wenn sie sich nicht meistern ließe. «Mein Land hat schwerwiegenden Folgen und Drohungen oftmals ins Auge gesehen, und das ist kaum das Zeug, das uns davon abhalten wird, unsere Pflicht zu tun», sagte Bevin in Paris, als Molotow ihn warnte, eine europäische Wirtschaftserholung ohne russische Teilnahme werde schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. Trotz allem ist man deshalb in England guten Mutes. Und richtet sich gar der Blick hinaus auf das Gebiet der Weltpolitik, so sind fortschrittliche Engländer ganz verblüffend gut aufgelegt. Noch vor wenigen Monaten drohte *Indien* in massenmörderischem Bürgerkrieg unterzugehen. Noch im Frühjahr wurde Attlee wegen seines Bruchs mit Wavell, dem Vizekönig, schwer angegriffen. Heute preist jedermann den Namen *Mountbatten* (einschließlich des jungen Battenberg, der, in Dr. Hahns Salem erzogen, nun auch ein englischer Mountbatten geworden und sich als zukünftiger Prinzgemahl das Herz der Prinzessin Elisabeth und des britischen Volkes eroberte). Heute preist sich jedermann glücklich, daß zwei neue Staaten, Indien und Pakistan, ihren Einzug in die Welt gehalten haben — nicht im Schatten des Schwertes oder nach Siegen und Schlachten, sondern mit den Segenswünschen derer, die diesen Staaten europäischen Freiheitsglauben übermittelten.

F. W. Pick.

Zur Außenpolitik der Türkei

Aus *Istanbul* wird uns geschrieben:

Auch diejenigen, die an der Innen- und Wirtschaftspolitik, wie sie von den Regierungen der letzten acht Jahre betrieben wurde, scharfe Kritik üben, geben überwiegend zu, daß die Außenpolitik den wohlverstandenen Interessen des Landes gemäß war. Die gelegentlich anzutreffende Auffassung, es sei nur „Glück" oder „Zufall" gewesen, dank dem die Türkei vor dem Schicksal etwa Griechenlands oder Jugoslawiens bewahrt geblieben sei, ist u. E. falsch. Ein gewisses „Lavieren" ergab sich zwangsläufig aus dem raschen Wechsel der politisch-militärischen Lage. Daß man jedoch auch nach dem Zusammenbruch Frankreichs und den Niederlagen der befreundeten Balkanländer den Lockungen des Dritten Reiches widerstand und sich, bei Aufrechterhaltung des Bündnisses mit England, auf das mögliche Minimum an formalen Konzessionen an das siegreiche Deutschland beschränkte, ist umso höher zu veranschlagen, als die Sympathien weitester Kreise der türkischen Bevölkerung zweifellos weniger den westlichen Alliierten — von Rußland zu schweigen — als ihrem Gegner gehörten. Gewiß haben bei der Haltung der Regierung auch die Erinnerungen an den unglücklichen Ausgang der deutsch-türkischen Waffenbrüderschaft von 1914—18 mitgespielt; daneben aber stand doch — vor allem in den zwei letzten Kriegsjahren, in denen es nicht an anglo-amerikanischen Versuchen fehlte, das Land zum aktiven Kriegseintritt zu bewegen — die kühle Überlegung, daß auch eine Türkei, die am Schlusse zu den Siegermächten gehörte, kaum in der Lage sein würde, praktischen Vorteil aus dieser Tatsache zu ziehen, wenn zuvor die Kriegshandlungen das Land verheert und zu einer leichten Beute für den gefürchteten östlichen Nachbarn gemacht hätten.

Ein halbes Menschenalter sah es so aus, als ob der alte russisch-türkische Antagonismus in ähnlicher Weise überwunden sei wie der Gegensatz zu Griechenland, das trotz den für beide Teile bitteren Erfahrungen — zuerst im Balkankriege und dann in den Tagen der kemalistischen Befreiungskämpfe — nunmehr als „europäischer Freund No. 1" gelten kann. Noch bei der Zehnjahresfeier der türkischen Republik (1933) wurde keine ausländische Delegation so warm und herzlich aufgenommen wie die russische, an deren Spitze Woroschilow stand. Eine ganze Reihe von jungen türkischen Intellektuellen, tief beeindruckt von den Erfolgen des ersten russischen Fünfjahresplans, sprach sich für planwirtschaftlich-kollektivistische Maßnahmen aus, russische Sachverständige erstatteten Berichte über Agrarfragen, bauten ein Textil-Kombinat usw. In der Folgezeit flaute diese erste Begeisterung, im Zusammenhang mit der Intensivierung der deutsch-türkischen Handels- und Kulturbeziehungen, zwar langsam ab, aber erst mit Kriegsausbruch begannen sich die bis dahin immer noch zumindest „korrekten" Beziehungen zum Sowjetstaate mehr und mehr zu versteifen. Schon damals versuchten die Russen, Stützpunkte am Bosporus zu erhalten. Im Gegensatz zu den Forderungen auf gewisse Ostgebiete (Kars und Ardahan), die bald nach Kriegsende in der russischen Presse erhoben wurden, fanden die Bestrebungen, sich am Bosporus einzunisten, ihren offiziellen Niederschlag in verschiedenen Noten, welche die russische Regierung der türkischen sandte und in denen das Verlangen nach einer „gemeinsamen" Verteidigung der Meerengen mit gewissen Erleichterungen begründet wurde, welche die Türkei angeblich während der Kampfhandlungen auf der Krim deutschen Kriegsfahrzeugen gewährt hatte.

In der ablehnenden Haltung allen russischen Forderungen gegenüber herrscht weitestgehende Einigkeit im türkischen Volke; auch eine nicht volksparteiliche Regierung könnte und würde keinen anderen Standpunkt einnehmen, wenn sie auch vielleicht gewisse Demonstrationen der akademischen Jugend verhindern und sich nicht jener Tonart bedienen würde, die seit zwei Jahren in Leitartikeln und öffent-

lichen Reden angeschlagen wird und die sich neuerdings ständig verschärft. Diese Verschärfung steht natürlich in engem Zusammenhange mit der amerikanischen Hilfe auf Grund der sogenannten „Truman-Doktrin". Es darf nicht verschwiegen werden, daß manche Türken Besorgnisse heben, ob in Auswirkung dieser Hilfe nicht eine gewisse Beeinträchtigung der mühsam errungenen politischen Unabhängigkeit, auf deren Wahrung man eifersüchtig bedacht ist, eintreten könnte; im allgemeinen ist man jedoch bereit, zuzugeben, daß angesichts der drohenden russischen Gefahr eine andere Lösung schlechterdings nicht existiert. Es kommt hinzu, daß das Volk — nach den Deutschen — die Amerikaner am meisten von allen Ausländern schätzt; weit mehr als etwa die Engländer, denen man kaum mehr als eine kühle Achtung entgegenbringt, und die man im übrigen für wenig „efficient" hält; in der Tat dürften bei den Beziehungen zu den Engländern immer noch die Erinnerungen an die Geschehnisse in und unmittelbar nach dem ersten Weltkriege mitspielen. Der warme Empfang, der im vorigen Jahre der „Missouri" und vor wenigen Monaten der amerikanischen Flotte bei ihrem Besuch in Istanbul bereitet wurde, war der Regierung gewiß erwünscht, aber nicht von ihr „bestellt". Im übrigen ist auch dem einfachen Manne klar, daß 100 Millionen Dollar an sich kein Betrag sind, der eine wesentliche Stärkung der türkischen Schlagkraft bewirken könnte, daß vielmehr das Entscheidende in der symbolischen Bedeutung des amerikanischen Entschlusses zu erblicken ist. Inzwischen ist die amerikanische Kommission, die über die Verwendung der Hilfe zu entscheiden hat, eingetroffen und sucht sich an Ort und Stelle ein Bild von den dringendsten Bedürfnissen des türkischen Heeres zu machen. Neben der Ausrüstung mit Tanks, Artillerie usw. steht die Verstärkung der Luftwaffe an erster Stelle. Bemerkenswerterweise ist aber zugleich mit den Militärs auch eine Reihe von Wirtschaftsfachleuten entsandt worden. Diese äußerten sich auf Grund ihrer ersten Eindrücke dahin, daß in vieler Hinsicht grundlegende Reformen der türkischen Wirtschaft erforderlich seien und vor allem das Verkehrswesen einer schnellen und radikalen Neuordnung bedürfe. In der Tat besitzt die Türkei zwar nunmehr ein Eisenbahnnetz, das — nach der Verdoppelung der Schienenlänge, die innerhalb der letzten 20 Jahre stattfand (von 4000 auf rund 7500 km) — die wichtigsten Landesteile miteinander verbindet, aber Straßen im modernen Sinne sind noch immer so gut wie nichtexistent. Die Amerikaner sind nun offenbar der Ansicht, die alte türkische Auffassung, eben jene Wegelosigkeit sei der beste strategische Schutz gegen eine Invasion, besitze keine Gültigkeit mehr, und ein großzügiges Straßenbauprogramm, ebenso wie der Ausbau der meist unzulänglichen Hafenanlagen müsse, wenn schon nicht aus militärischen, so doch aus wirtschaftlichen Gründen sofort in Angriff genommen werden. Ein solches Programm erfordert freilich für sich allein ein Vielfaches der vorläufig bewilligten Finanzhilfe.

Wie weit im übrigen die Anlehnung an die U.S.A. geht, mag man aus der Tatsache ersehen, daß in den letzten Wochen ganz offen von der Notwendigkeit gesprochen wird, ein förmliches Defensivbündnis mit den Vereinigten Staaten zu schließen und dieses durch entsprechende Abmachungen mit Griechenland zu ergänzen. Griechenland seinerseits hat letzthin inoffiziell den Plan einer nach dem Muster der alten österreichisch-ungarischen (k. und k.) Monarchie zu konstruierenden staatsrechtlichen Vereinigung der beiden Länder in die Debatte geworfen. Von Verbindungen mit anderen Balkanstaaten dagegen ist natürlich heute keine Rede mehr — der zu Atatürks Zeiten von mancher Seite gehegte Wunschtraum einer Balkanföderation unter türkischer Führung dürfte auf absehbare Zeit ausgeträumt sein.

Auf der anderen Seite gestalten sich die Beziehungen zur arabischen Welt zusehends enger. Während der Pakt von Sadabat, den die Türkei mit Iran, Irak und Afganistan schon vor Jahren abschloß, keine allzu große praktische Bedeutung besitzen dürfte, legt man neuerdings in steigendem Maße Wert auf die Bekundung freundschaftlicher Gefühle für die Arabische Union. Speziell die Beziehungen zu Transjordanien und dem Irak (mit dem soeben ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen

wurde) werden gepflegt, was seinen Ausdruck u. a. in offiziellen Besuchen der Staatsoberhäupter gefunden hat. Auch in der Palästinafrage neigt die Türkei einer Unterstützung des arabischen Standpunktes zu; im Zusammenhange damit wird de facto jüdischen Ausländern — selbst solchen, die seit langem in der Türkei ansässig sind — das Ein- bzw. Rückreisevisum verweigert oder doch, soweit es sich um Staatsangehörige befreundeter Großstaaten handelt, erst nach Intervention der betreffenden Außenministerien gewährt.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die Türkei sich in den letzten Monaten immer stärker in die „Westfront" eingegliedert hat. *Der* Gegner ist wieder einmal, wie schon so oft in der Vergangenheit, Rußland, und da Deutschland vorläufig ausgefallen ist, bleibt nur der Anschluß an die Angelsachsen. Wenn man diesen aber auch im Augenblick voll bejaht (wobei übrigens die Hoffnung, auf diese Weise einen Gratisbeitrag zum Auf- und Ausbau der Wirtschaft zu erhalten, einen bedeutsamen Faktor bildet), so sollte doch nicht übersehen werden, daß Volk und Regierung den Wunsch hegen, daß Deutschland rasch wieder erstarke. Denn einmal genießt dieses Land nach wie vor die stärksten Sympathien nicht nur der gebildeten Kreise, sondern wirklich der breitesten Volksschichten, zum andern möchte man der Notwendigkeit überhoben sein, sich allzu stark und einseitig den Briten und Amerikanern zu verbinden, und schließlich hält man auch aus wirtschaftspolitischen Gründen die (Wieder-)Anknüpfung der Beziehungen zu Zentraleuropa für wünschenswert. In diesem Zusammenhange sei abschließend die bemerkenswerte Tatsache hervorgehoben, daß eine amtliche türkische Einkaufskommission kürzlich in Deutschland — doch zweifellos mit Genehmigung der alliierten Stellen — einen Abschluß tätigte, demzufolge die Deutschen binnen zwei Jahren der Türkei die Einrichtungen einer Papierfabrik liefern und durch Sachverständige installieren lassen werden.